

## ARBEITSPLATZSICHERUNG NACH ART DES HAUSES - ÖFFENTLICHER GENERALANGRIFF AUF DAS VERHÄLTNIS VON LOHN UND LEISTUNG

5

Die Volkswagen AG hat sich ins Gerede gebracht, gerade rechtzeitig zum 50jährigen. Nicht unfreiwillig wie letztlich beim vergeigten Devisengeschäft, sondern gezielt wie jüngst Krupp mit seinem Entschluß, das Werk in Rheinhausen zu schließen. Der deutsche Renommierbetrieb, in dem nach allgemeiner Auffassung "Wolfsburger Verhältnisse" herrschen, also eine erfolgreiche Sozialpartnerschaft modellhaft läuft und läuft, hat der Presse eine interne "Stoffsammlung" zugespielt, ein Strategiepapier, in dem ein Maßnahmenkatalog zur Senkung der Produktionskosten niedergelegt ist. Zur Diskussion gestellt wird freilich nichts, wenn der Betrieb bekanntmacht, was er an Verbesserungen im geschäftlichen Umgang mit der Belegschaft im Visier hat. Die öffentlichkeitsarbeit ist Teil einer auch in Rheinhausen erprobten Unternehmensstrategie: Wir melden unsere Ansprüche in Form von "Überlegungen" vor aller Welt an; Betroffene, Gewerkschaft und Öffentlichkeit dürfen sich daran abarbeiten, Klassenkampf auf Ansage - so funktioniert er demokratisch.

10

15

Was

### ***Aus der Vorstandsetage***

20

in der demokratischen Öffentlichkeit zu vernehmen war, ist ein totaler Revisionsbedarf in Sachen Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung, ein Angriff auf alles, was als Ausweis für die Erfolge sozialer Marktwirtschaftsbetriebe und gewerkschaftlicher Tarifpolitik und Mitbestimmung gilt: das gültige *Lohn - Leistungs - Niveau* und seine *tarifvertragliche Einrichtung*:

5 “An Maßnahmen, die Änderungen der Tarifverträge bedingen, werden folgende zur Diskussion gestellt: eine Erhöhung der Leistung würde eine Kostenreduzierung von 350 bis 370 Millionen DM pro Jahr erbringen und schätzungsweise 5500 bis 5800 Mitarbeiter überflüssig machen. Bei VW versteht man darunter u.a. eine Anpassung der Erholungszeiten an den Bändern an den Wettbewerb, z.B. an Ford. Bei VW gibt es z.Zt. außer einer gesetzlichen Pause von 30 Minuten pro Schicht noch 14 Minuten Bedürfniszeit (sg. “Pinkelpausen”) sowie 40 Minuten Erholzeit, insgesamt also 94 Minuten pro Schicht, von denen 64 Minuten bezahlt werden.

10 Eine Optimierung der Arbeitszeit würde die Kosten um weitere 110 Mill. DM pro Jahr reduzieren und rund 300 Mitarbeiter freisetzen. Es handelt sich dabei u.a. um eine Tarifvereinbarung über Erholungsfreizeit aus dem Jahre 1948 vor dem Hintergrund der damaligen harten Arbeitsbedingungen... Schließlich würde eine Reduzierung von finanziellen Leistungen (Weihnachtsgeld, Sonderzahlungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen) 776 Mill. DM pro Jahr an Kostenreduzierung bringen. Insgesamt würden alle Maßnahmen, die Änderungen der Tarifverträge bedingen, Kostenersparnisse zwischen 1,34 und 1,46 Mrd. DM bringen und einen Freisetzungseffekt zwischen 8800 und 9100 Mitarbeitern haben.

20 An Maßnahmen, die betriebsintern geregelt werden können, nennt das VW-Vorstandspapier wiederum eine Erhöhung der Leistung, die die Kosten um 480 bis 500 Mill. DM reduzieren würde und 7200 bis 7600 Mitarbeiter freisetzen würde. Hier schwebt dem VW-Vorstand eine Anhebung der VW-Standardleistung durch Absenken der Vorgabezeiten für alle Tätigkeiten vor. Während die Leistungserwartung zur Zeit bei 100 liegt, sollte sie eigentlich bei 120 liegen, um damit wieder an den nationalen Leistungsstandard heranzukommen. Die Arbeitszeit der Mitarbeiter am Band werde zur Zeit nur zu ca. 85 bis 95 % genutzt...

30 Wenn der derzeitige Krankenstand bei VW nur um einen Prozentpunkt für die Gesamtbelegschaft gesenkt werden könnte, brächte dies 100 Mill. DM Kostenreduzierung sowie einen Freisetzungseffekt von 1300 Mitarbeitern. Auch könnten die Abwesenheitszeiten unter Einbeziehung von Arbeitszeitverkürzung, verschiedenen variablen Schichtmodellen und gleitender Arbeitszeit, Tarifurlaub usw. noch stark verbessert werden...

35 Die bisher geplanten Maßnahmen zur Reduzierung der Personalkosten brächten im laufenden Jahr bereits 300 Mill. DM, im nächsten Jahr 700 Mill. und 1990 eine runde Milliarde DM. In den Jahren 1991 und 1992 würde dieser Betrag dann noch weiter auf 1,1 bzw. 1,6 Mrd. DM ansteigen...

Generell wird festgestellt, daß die Volkswagen AG mittelfristig bei normaler Absatzerwartung ein Unternehmensergebnis vor Steuern in Höhe von rund 4 Mrd. DM bzw. eine Umsatzrendite von 8% anstreben sollte.” (Handelsblatt vom 31.5.88)

40 Dieses Dokument unternehmerischer Zukunftsplanung läßt an Deutlichkeit und Vollständigkeit nichts zu wünschen übrig. Die Betriebsmanager drücken ihre Unzufriedenheit aus mit den alltäglichen Methoden und Ergebnissen beim Kampf um Kostensenkung. Nicht, als wenn sie nicht erfolgreich gewesen wären mit dem gewohnten Muster, auf der Basis des Tarifvertrages in Verhandlungen mit dem Betriebsrat und mit den Mitteln immer modernerer Technik und Arbeitsplatzgestaltung die Lohnstückkosten zu senken. Nicht, als wenn sie nicht immer wieder hier an der Leistungsschraube gedreht, dort einen Akkord neu festgelegt und Arbeitsplätze ständig nach Rentabilitätskriterien neu organisiert und dabei Arbeiter überflüssig gemacht hätten. Dieser normale kapitalistische Alltag im Betrieb, der sich für die Unternehmensseite immerzu auf der

Plus-Seite, für die Arbeiter aber auf der Minus-Seite bilanziert, wird *programmatisch* nach dem Grundsatz durchsortiert, der ohnehin in ihm zur Geltung kommt: nach dem *Grundsatz der Kostensenkung* - und zwar in einer Größenordnung, die sich der Betrieb als Plansoll selber vorgibt: Die Löhne sollen um 6% gesenkt, pro Schicht statt vierzig nur noch 10 Minuten Erholzeit erlaubt, nur noch maximal ein 13. Monatsgehalt gezahlt und die Belegschaft um mindestens 10% abgebaut werden... Kein Moment des vom Betrieb bestimmten und laufend veränderten Arbeitseinsatzes und Verdienstes bleibt unberücksichtigt: die Intensität der Arbeit, ihre tägliche Länge und betriebsdienliche Verteilung, die Jahresarbeitszeit, der Tariflohn, die Sonderzahlungen, die Fehlzeiten und die Belegschaftsstärke - überall will das Werk gleichzeitig ansetzen.

10 *Erstens* betrachtet das Unternehmen damit die Umstände, mit denen es sich die profitliche Benutzung der Belegschaft gesichert hat, wie eine einzige Schranke ihrer Verwendung. Seine freie Verfügung über die Arbeitskräfte behandelt es als selbstverständlich. Bei der radikalen Frage: Wie läßt sich das Verhältnis von Aufwand und Ertrag im Bezug auf die Beschäftigten grundlegend verbessern? *bestreitet* es nämlich *jeden Zusammenhang*, den es bisher zwischen Arbeitseinsatz

15 und Arbeitslohn praktisch anerkannt hatte. Bei der *Leistung* wird so getan, als hätten Pausen und Erholzeiten gar nichts mit der Arbeitsintensität zu tun, die durch die Vorgabezeiten definiert wird, und als seien die Vorgabezeiten beliebig zu senken und der entsprechende Einsatz an den Bändern beliebig zu erhöhen. So definiert das Unternehmen Teile der Arbeitszeit als pure *Nichtarbeitszeit*, die entfallen soll, und den Rest als *unausgefüllte* Arbeitszeit, wo noch massenhaft Leerlauf

20 vermieden werden kann. Der Betrieb beansprucht also Mehrarbeit in jeder Minute bei gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung am Band, wenn er die Arbeitsorganisation wie ein Arsenal von unabhängigen Momenten der Arbeitsverausgabung behandelt, die jedes für sich und alle zusammen verändert werden können. Und genauso frei kalkuliert er auch mit den Elementen der Wochen-, Monats- und Jahresarbeitszeitregelung.

25 Der *Lohn* wird entsprechend rücksichtslos wie ein Sammelsurium von lauter Posten betrachtet die gekürzt oder gestrichen werden können. Weil ein Teil des Lohns in Form von *Sonderzahlungen* entrichtet wird, mit denen sich das Unternehmen die reibungslose Verfügung über seine Belegschaft gesichert und ernsthafte Lohnauseinandersetzungen dauerhaft erspart hat, erklärt VW diese Lohnbestandteile zu einer "*Über*"-Bezahlung, einer Extraleistung des Betriebs, auf die er

30 und damit die Belegschaft verzichten kann, ohne daß deswegen der Einsatz für den Betrieb oder gar der alltägliche Betriebsfriede irgendwie leiden darf; im Gegenteil, die werden ja vermehrt in Anspruch genommen. Das ganz und gar nicht illusionäre Planungsziel steht damit fest: ein Lohn-Leistungsstandard ungefähr wie in den 50er Jahren, aber mit den Produktivitätsfortschritten und durchrationalisierten Anforderungen heutiger Arbeitsplätze und mit den flexiblen

35 Arbeitszeitmodellen und Rundum-Betriebszeiten sowie mit den niedrigen Lohnzuwachsraten, für die der DGB der 80er Jahre einsteht.

*Zweitens rechnet* der Betrieb so unideologisch, wie es sich für eine anständige Kalkulation gehört, auf der anderen Seite mit dem Zusammenhang, den er durch seine Sparmaßnahmen selber stiftet: dem *Zusammenhang* von Beschäftigung und Nichtbeschäftigung. Als "Freisetzungseffekt", auf

40 den es ihm ankommt, bilanziert der Konzern für die nähere Zukunft mehr als 16000 ersparte Arbeitskräfte. So kommt sie also zustande, die Millionenarbeitslosigkeit. Nicht wegen

mangelnder Beschäftigungsmöglichkeit und teurer Löhne, sondern berechnet und berechnend: als Ergebnis organisierter Mehrarbeit und Lohnsenkung.

5 *Drittens* unterscheidet bei seinen Plänen zur Kostensenkung außer nach der Wirkung auf seine Bilanz nur noch danach, ob die Maßnahmen "betriebsintern" zu handhaben sind oder tarifvertragliche Regelungen geändert werden müssen, behandelt also den Generalangriff auf den Lohn als eine reine *Abwicklungsfrage* mit den entsprechenden Instanzen. Das Schmuckstück des deutschen Wirtschaftswunders und der sozialen Marktwirtschaft will nämlich entgegen allen Verlautbarungen nicht bloß die üblichen betriebsinternen Freiheiten auf der Grundlage laufender 10 Tarifverträge ausnutzen, sondern - offiziell "erst nach dem Auslaufen der bis Oktober 1990 befristeten Verträge" - Abmachungen mit der Gewerkschaft aufkündigen. Dabei macht sich der Betrieb, wenn er über die ,überhöhten' Lohnkosten im Vergleich zu anderen Autofirmen klagt, die Besonderheit des VW-Haustarifvertrags zunutze: Was anderswo durch gesonderte Betriebsvereinbarungen über den Metalltarifvertrag hinaus an ,Extras' ausgehandelt und normal ist, das ist bei VW Bestandteil des *Firmentarifvertrags*. Jetzt gibt das den Grund ab, unter dem 15 Firmenschild ,Betriebsbesonderheiten' gleich alle Tarifvertragsgrundsätze in Frage und zur Neuverhandlung zu stellen.

20 *Viertens* stellt das Unternehmen mit seinen angestrebten Vergleichen, welcher konkurrierende Betrieb mit welchen Kosten um wieviel günstiger liegen soll, bei wem die Umsatzrendite höher, bei wem die Arbeitszeit länger sei usw., auch klar, was es mit dem dauernd beschworenen nationalen und internationalen Konkurrenzvergleich auf sich hat. Für den Anspruch mehr zu produzieren mit weniger Kosten, wird ausdrücklich nicht mit einer Notlage "argumentiert", sondern mit Chancen, die die gegenwärtige prächtige Autokonjunktur bietet. Das Unternehmen will, weiterhin und für die absehbare Zukunft, der Konkurrenz die Maßstäbe *setzen*.

25 Dabei wird mit einer Gegenposition der Arbeiter erst gar nicht gerechnet. VW erhebt seinen Anspruch auf die von Marx beschriebene Wirkung eines wachsenden Arbeitslosenheeres, Konkurrenzdruck auf die Beschäftigten und allgemeine Lohnsenkung. Nicht durch den Interessenkampf zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft und nicht entsprechend dem Ausgang dieses Kampfes, sondern durch unternehmerischen Beschluß soll diese Wirkung in Kraft 30 treten - abgesegnet nach der Art der gewöhnlich gewordenen Tarifverhandlungen durch *freiwillige Zustimmung* seitens der Gewerkschaft.

Das ist die eine Hälfte der unternehmerischen Strategie. Die andere Hälfte besteht in

### **Öffentlichkeitsarbeit**

35 Die VW-Manager haben ihr Kampfprogramm bewußt zu einer öffentlichen Sache erklärt und kalkulieren darauf, daß sie keine Minus-, sondern Plus-Punkte machen, wenn sie ankündigen, den VWlern künftig nach allen Regeln kapitalistischer Kunst alle gewohnten Arbeits- und Lebensumstände zu bestreiten. Sie setzen auf die eigentümliche Logik: Je *frecher* die Ankündigung, je *härter* die beabsichtigten Maßnahmen, umso mehr steht fest, daß der Betrieb es ernst meint, umso klarer ist auch, daß seine Forderungen *notwendig* und gut begründet sind. Und 40 die geschulte demokratische Medienmafia hat ihnen auch prompt Recht gegeben. Kein einziges Wort der Kritik ist laut geworden, sondern lauter Zustimmung: Kaum von der Geschäftsleitung

ausposaunt, hat es jeder schon lange gewußt: So kann es nicht weitergehen. Zum Beweis durften wieder einmal ungerührt die ideologischen Titel erhalten, mit denen Unternehmer hierzulande noch das rücksichtsloseste Kapitalinteresse in einen Dienst am Gemeinwesen verwandeln, der natürlich seinen Preis hat. Von ‚Spiegel‘ bis ‚Bild‘ hielten sich alle streng an die aus Wolfsburg ausgegebene Sprachregelung:

“...halten wir unser höchstes Ziel, langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswagen AG zu sichern und dadurch sowohl die deutschen Produktionsstätten zu stärken als auch die Beschäftigung in ihnen zu stabilisieren, für gefährdet.” (Vom “Spiegel” zitiert aus dem Vorstandspapier “Tarifpositionen zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze”)

Sorgen, sich irgendwie unglaublich zu machen, haben die unternehmerischen Propagandachefs und ihre öffentlichen Nachbeter offenbar nicht, wenn sie von stabiler Beschäftigung, schwarz-rot-goldenen Standorten und drohenden Gefahren reden. Das hochoffizielle Versprechen, die Belegschaft um mindestens 10% abzubauen, die öffentlich wiedergegebene Kalkulation des deutschen Multi mit seinen weltweiten Fabriken und die Erfolgsmeldungen über immer neue Produktions-, Umsatz- und Gewinnrekorde gelten nicht als *Widerlegung*, sondern *verdeutlichen*, welcher Anspruch da eigentlich aufgestellt und allgemein gutgeheißen wird:

Wettbewerbsfähigkeit, d. h. unbedingter *Erfolg* in der Konkurrenz - das wird zur *Pflicht* der Arbeitgeber erklärt, und daran gemessen machen die ideologischen Ungereimtheiten durchaus einen Sinn.

Wenn es heißt, nur langfristige Sicherung der Gewinne diene der Beschäftigung, dann kommt hier die allbekannte Logik zum Zuge, für die Bewahrung des angeblich höchsten Gutes, dem sich Unternehmer und Nation verschrieben hätten, müßten halt notwendigerweise lauter Abstriche von eben diesem Gut gemacht werden - die demokratische Gleichung von Sicherung und Einschränkung. Öffentlich wird kundgetan, daß Wachstum, blendende Konjunktur und *Geschäftserfolg* keinen Anspruch auf ‚Beschäftigung‘ begründen, sondern umgekehrt: einen *Anspruch des Kapitals*, den Einsatz der Arbeiter für das Geschäftswachstum zu verbessern - ein paar Tausend zusätzliche Arbeitslose eingeschlossen. Die Drohung mit der Möglichkeit künftigen Geschäftskrisen und Massenentlassungen, gegen die man sich jetzt gerade mit betrieblichen Lohnsparprogrammen härtesten Kalibers wappnen müsse, streicht das Moment von Versprechen, das in der Rede vom Erhalt der Arbeitsplätze durch den guten Gang der Geschäfte ja noch irgendwie anklingt, und wendet das Argument mit den zwei Millionen Arbeitslosen offensiv, so nämlich, wie es *wirklich* in Anschlag gebracht wird: Das Programm ‚Erhaltung von Arbeitsplätzen durch Kapitalwachstum‘ bedeutet Lohnsenkung sowie *Entlassungen als Dauerprogramm*. Was da vorsorgliche Krisenvermeidung heißt, ist das Ideal des immerzu zu eigenen Gunsten *entschiedenen Marktvergleichs*, der immerzu garantierten Spitzenposition in Sachen rentabler Produktion und Marktbeherrschung, ohne die kein Arbeitsplatz sicher und für das jeder Arbeitsplatz mit seinen Leistungs- und Lohnvorgaben tauglich sein soll. Daß mit dieser Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit die Unternehmen die Konkurrenz *anheizen* und die Krise *herbeiführen*, die sie angeblich vermeiden wollen, auch das wird nicht verschwiegen, sondern nationalistisch interpretiert: *Deutsche* Standorte gilt es zu sichern. Das verkündet ein Konzern, der den Kostenausgleich selber längst weltweit praktiziert und genau damit droht. Den Japanern und Ko-

reanern gilt es zu begegnen, echot eine Öffentlichkeit, die genau weiß, wie und wo VW und andere mit denen kooperieren.

Die *Leistung der öffentlichen Propaganda* ist also nicht zu unterschätzen - an der Börse wurde sie umgehend mit einem Anstieg der Kurse honoriert. Ein Unternehmen wie VW bringt eben gar nicht bloß seine ökonomische Macht in Anschlag. Es bringt sich als nationale Institution in Erinnerung, die allseits Anerkennung verdient. Und es kann sich dabei auf eine Öffentlichkeit verlassen, die zwar nichts interessiert, was wirklich an den Produktionsbändern passiert, die aber eins sicher weiß und dementsprechend urteilt: Das einzig schlagende Argument sind erfolgreiche Unternehmensstrategien. So kann VW getrost auf ein Klima setzen, das am Fall Rheinhausen gerade die unabweisbaren Notwendigkeiten einer nationalen ‚Krisen‘-Branche und das allseitige Bedauern, das den Opfern dieser Geschäftsnotwendigkeiten allenfalls gebührt, vorexerziert hat. Der Großkonzern braucht nicht einmal das bißchen Kritik zu fürchten, das Krupp zuteil geworden ist. Der flehentliche Ruf: ‚Wolfsburg... muß Autostandort bleiben!‘ erübrigt sich nämlich, da VW mit dieser Leistung selber agitiert. Auch das ein Hinweis, wozu eine kritische demokratische Öffentlichkeit gut ist: Die Kostensenkungspläne des Autokonzerns brauchen keinen Vergleich mit Krupp zu scheuen, die vorgesehenen Entlassungszahlen schon gleich nicht; aber einen Betrieb rücksichtslos konkurrenzfähig zu erhalten, das erweckt Bewunderung und erledigt jeden Einwand.

Auf diese Weise erfahren Beschäftigte und Unbeschäftigte, was in ihrem Namen allgemein für notwendig gehalten wird. Inzwischen weiß ein jeder, daß alle Betriebe Herausforderungen zu bestehen haben und Maßnahmen fällig sind, die den Fall Rheinhausen in den Schatten stellen, und jeder weiß auch warum:

Um der Nation und damit der Wirtschaft und damit uns allen, weitere Rheinhausens zu ersparen.

Und wo es alle wissen, da weiß es einer schon längst und vor allen:

### ***Die Arbeitervertretung***

Die rühmt sich jetzt, all das, was da an Konkurrenzanforderungen auf deutsche Automobilunternehmer zukommt, schon längst vorhergesehen und die unausweichlichen Maßnahmen längst eingesehen zu haben, bevor sie öffentlich auf die Tagesordnung gekommen sind. Mit diesem zweifelhaften Selbstlob hat sie völlig recht: Seit Monaten gibt sie sich alle Mühe, als nationaler Krisenagur die von den Unternehmern berechnend beschworene künftige Gefahr eines allgemeinen Konjunkturerinbruchs entschieden zu bekräftigen, auszumalen und eine regelrechte Panikmache in Gang zu setzen. Mit den wachsenden Ansprüchen der Unternehmer sieht sich nämlich die Arbeitervertretung herausgefordert. Herausgefordert in ihrem *Verständnis* für die Wettbewerbsbedürfnisse der nationalen Arbeitgeber und für die daraus abgeleiteten Konsequenzen, die sie unter dem Titel ‚Krise‘ mit dem Siegel der *Unausweichlichkeit* versieht. Der VW-Aufsichtsrat-Vize Steinkühler hat schon vor Monaten herumposaunt, daß künftig „Jahr für Jahr weit über 10000 Stellen“ abgebaut werden, und hat das nicht für einen Einwand oder gar einen Aufruf zur Gegenwehr, sondern für eine Selbstverständlichkeit gehalten, mit der er und jedermann zu rechnen hat. Die IG Metall jedenfalls tut es nach Kräften:

“Für die nächsten Jahre ist eine Talfahrt der Beschäftigung in der Autoindustrie absehbar...” (gewerkschafter 5/88)

5 “Deutschlands Autobauer müssen auf die Bremse treten - eine weltweite Strukturkrise bedroht Absatz und Arbeitsplätze... Mittelfristig kann keiner die Gefahren übersehen, die aus dem mörderischen Kampf um die Weltmärkte entstehen und schon jetzt zu großen Einbrüchen in den Betrieben führen.” (metall, 7/88)

Unermüdlich betätigen sich die Funktionäre, befragt und unbefragt, als Krisenprognostiker, die all das, was sie verhindern zu wollen vorgeben, ankündigen - als Sachzwang- oder als Gefahr, was für sie so ziemlich dasselbe ist:

10 “Daß es zumindest mit der Beschäftigung in der Automobilindustrie nicht so weitergeht wie bisher, vermutet die IG Metall auch. Zwar gibt es zur Zeit noch einen Autoboom, aber in den nächsten Jahren wird nach den uns vorliegenden Prognosen die Stückzahl der produzierten Autos sinken und gleichzeitig die Produktivität der Automobilfirmen weiter steigen. So entsteht eine Beschäftigungsschere, der im nächsten Jahrzehnt Tausende von Arbeitnehmern zum Opfer fallen werden.” (IGM-Pressesprecher Barczynsik in der taz)

15 “Am Ende dieser Angleichung stünden dann spanische, mexikanische oder südkoreanische Löhne und Arbeitsbedingungen.” usw. usw.

Lässig beherrschen die gewerkschaftlichen Warner den Übergang von der wachsenden Betroffenheit der Arbeiterschaft zur Betroffenheit des Kapitals, um die sich die Gewerkschaft im Namen des deutschen Proletariats zu kümmern hat, wenn es die Unternehmer schon nicht selber ordentlich machen:

20 “Die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer dürfen nicht ‚kannibalisiert‘ werden und das von ihnen erarbeitete Kapital ‚vaterlandslos an den jeweils günstigsten Standort der Welt flüchten‘.” (Steinkühler in metall 7/88)

25 So drastisch malt die IG Metall ihren Standpunkt der Sorge aus, “daß die Wirtschaft der BRD insgesamt international wettbewerbsfähig ist und bleibt” (quelle 4/88). Unter dem Titel “unsere Arbeitsplätze” macht sie sich genau für das Programm stark, das aus den Vorstandsetagen angekündigt wird: “Sicherung der nationalen Konkurrenzfähigkeit” und bietet ihre positive Mitarbeit an: Nicht “bloßes Ablehnen der unternehmerischen Strategien”, sondern “gestaltend die Entwicklung der Verhältnisse beeinflussen”(metall 7/88), heißt ihre Parole.

30 Kritisch, fordernd, bittend tritt die Gewerkschaft nur noch in einer Rolle auf: als Anwalt des Ideals, das sie den Forderungen von VW entnimmt und längst für alle Autobetriebe verallgemeinert hat, des Ideals einer langfristig geplanten, gemeinschaftlich organisierten, also weitsichtigen Geschäftspolitik - mit all ihren Folgen. Die Krisenbeschwörer erheben den Anspruch auf ein nationales *Krisenmanagement* und bringen sich als die einzige Kraft ins Spiel, die deutsche Unternehmer vor den schädlichen Folgen künftigen Mißmanagements bewahren kann - der Gefahr nämlich, nicht der internationale Krisengewinnler zu sein:

5 “Wenn in der Autoindustrie eine Krise kommt, wird ein Zustand eintreten, in den man genauso unvorbereitet hineintaumeln wird wie bei Werften und Stahl, weil man alle Krisenzeichen schlicht leugnet, ignoriert, verdrängt... Wir wollen vielmehr Planungen transparent machen... verlässliche Vorgaben... Wir glauben, daß die Verantwortlichen an einen Tisch müssen und daß Strukturvorgaben gemacht werden müssen, an denen man sich orientieren und festhalten kann... Meine Auffassung ist, daß wir die gewünschten Veränderungen nicht ad hoc und kurzfristig, sondern langfristig und verlässlich herbeiführen müssen...” (Steinkühler-Interview in: Wirtschaftswoche 5/87)

10 Ein ‚Krisenbewältigungsprogramm‘ in der Hochkonjunktur, Entlassungen auf lange Sicht und noch mehr Mitwisserschaft über die Geschäftsnotwendigkeiten, so sieht das “vorbeugende Handeln” aus, mit dem die IG Metall und ihre Betriebsräte “noch aus einer starken Position heraus die Zukunft der Branche mitgestalten” wollen (metall 7/88). Man mag sich gar nicht fragen, was dieser Gewerkschaft in der Krise alles einfallen wird, wenn sie jetzt schon mit all ihrer Stärke nach einschneidenden Maßnahmen ruft und ‚gute Geschäftszeiten‘ nicht für ein Argument für Lohnforderungen, sondern für die beste Gelegenheit hält, notwendige Härten reibungslos durchzusetzen.

15 So macht sich die Arbeitervertretung mit ihrem Selbstverständnis als ideeller Gesamtbeschäftigungsanwalt ihrerseits zum bewußten Parteigänger all der Wirkungen einer anschwellenden Reservearmee, welche die Kapitalisten programmatisch einfordern. Sie vertritt nicht das Interesse an ihrer *Kompensation*, sondern an ihrer einvernehmlichen Regelung. Und sie *wehrt* sich nicht gegen die öffentliche Stimmungsmache gegen Lohn und für deutschen Geschäftserfolg, sondern *schürt* selber unentwegt das Klima, auf das VW mit seiner Öffentlichkeitskampagne gesetzt hat.

20 Entsprechend konstruktiv und geheuchelt sind die Einwände ausgefallen, die das veröffentlichte VW-Papier bei der IG Metall hervorgerufen hat. Kaum “sagen die (VW) einfach, die sind uns zu teuer”, wie sich die Gewerkschaft pro forma beschwert, weiß sie auch schon, daß “bei VW viel passieren muß”, um die Arbeitsplätze zu sichern. Kein Wunder, hat die Gewerkschaft in Gestalt des Betriebsrats doch längst hinter verschlossener Tür über das Sparprogramm mit dem Unternehmen verhandelt und hätte das gerne noch weitergemacht und die Belegschaft mit  
30 allgemeinen Auskünften bezüglich der “langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze” abgespeist, wäre der Betrieb nicht an die Öffentlichkeit getreten. Kaum plant der Betrieb nach Auskunft des Betriebsrats seine “Probleme” “einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten abzuladen”, schon wissen die alternativen Manager genau über “gewisse Wettbewerbsnachteile” Bescheid:

35 “Einige für die Belegschaft ausgehandelte Sonderleistungen verursachen dem Konzern erhebliche Kosten. Darüber wird zwischen Vorstand und Gewerkschaft zu reden sein.” (Süddeutsche Zeitung, 30.5.)

40 Kaum beschwert sich ein Funktionär über das unternehmerische Erpressungsmanöver durch die Veröffentlichung! -, schon beteuert er beleidigt: “Dabei haben sich die Arbeitnehmervertreter niemals sinnvollen Sparmaßnahmen verweigert.” (metall 12/88) Kein Gedanke daran, vielleicht mit einer Gegenerpressung zu drohen, oder auch nur zu irgendeinem Punkt Nein zu sagen. Statt dessen nehmen die Tarifexperten den Vorschlag lieber genauso auf, wie VW es möchte: nicht als Angriff auf die Belegschaft, sondern als Verhandlungsangebot mit unterschiedlichen tarifrechtlichen Konsequenzen.

Also bezieht die IG Metall für die Öffentlichkeit Position:

“Eine Senkung des Lohn- und Gehaltniveaus oder des Weihnachtsgeldes kommt aber für die Gewerkschaft nicht in Frage.” (Süddeutsche Zeitung, 30.5.)

5 Man kennt das ja; deutsche Gewerkschaften weisen immer nur das zurück, was sie nicht einfach  
stillschweigend, sondern nur mit einigem Verhandlungstrara aufgeben wollen. So auch hier. Einer-  
seits ist stillschweigend grünes Licht gegeben für die Eröffnung des *innerbetrieblichen*  
Lohnsenkungsprogramms. Zum anderen reklamiert die IG Metall ihr Mitspracherecht bei allen  
tarifvertraglichen Änderungen und eröffnet sich, dem betrieblichen Radikalprogramm sei Dank,  
10 ein Terrain für lauter “Siege”. Vielleicht wird die halbe Erholzeit “gerettet” und “dafür” das  
Weihnachtsgeld “geopfert”, oder umgekehrt. Auf keinen Fall geht der ganze Katalog der  
Geschäftsleitung durch - umfassend genug ist er ja! - und auf jeden Fall wird schwer “gerungen”,  
um die “bestmögliche Lösung”, die “unter den bestehenden Bedingungen” zu haben gewesen sein  
soll. Wenn es soweit ist. Vorläufig wiegelt sie nämlich lieber noch ab, es stünden gar keine  
15 Tarifvertragsänderungen an - und handelt gleichzeitig mit der Gegenseite über den fälligen  
“Kompromiß”.

Diesmal kennen nämlich gerade die Gewerkschaft und der Betriebsrat im Unterschied zu  
Rheinhausen einen extra guten, zukunftsweisenden Grund: den “Erhalt der deutschen Standorte”  
von VW, der jede “Kostendämpfung” lohnend macht. Betriebsrat Hiller wirbt mit der Auskunft, er  
verhandle bereits mit der Konzernspitze über “den Preis, den Polo in Deutschland zu halten”.  
20 Ohne ein gutes Stück “Kannibalisierung” der Löhne ist für nationales Kapital der “Standort BRD”  
einfach nicht zu halten, weiß der IG Metall-Vertreter. Gegen den Export solcher Arbeitsplätze  
nach Spanien spricht nur eines: Niemand sollte sie spanischen Arbeitern an den Hals wünschen.  
So leicht ist es also, mit der Gewerkschaft übereinzukommen, selbst wenn es um ihre angeblich  
geheiligtsten Kühe und höchsten gewerkschaftlichen Errungenschaften, gesicherte Tarifverträge,  
25 geht. Von wegen also, VW habe, wie die deutsche Presse berichtet, ein “Tabu” gebrochen, als es  
auch Tarifverträge in Frage gestellt hat! Für Gewerkschaftsfunktionäre ist nichts tabu, was  
Arbeitern an den Lebensunterhalt geht - solange deutsche Unternehmer selbst die Revision von  
Tarifverträgen noch nach den Gepflogenheiten des tarifpartnerschaftlichen Verkehrs abwickeln  
und der IG Metall die ihr zustehende Mitwirkung nicht versagen. Und das können und wollen die  
30 deswegen schlechterdings gar nicht.

So werden die programmatisch angemeldeten Unternehmeransprüche dann amtlich und damit  
Betriebsalltag. Und die Betroffenen sind entsprechend eingestimmt, bevor sie überhaupt in Kraft  
treten - und zwar ebenfalls programmatisch. Die Belegschaften bei VW rechnen schon aus, was  
die noch gar nicht beschlossenen Maßnahmen bis in die 90er Jahre für sie an Verlust bringen wird.  
35 Und die Mannschaften in den anderen Firmen wissen schon im voraus: Das Vorbild wird Schule  
machen.